

Krafer Zeitung.

Nr. 236.

Freitag den 14. October

1864.

Die „Krafer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafer 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Gehür für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeitzeile 5 Mr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stampelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt Karl Sudzweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

VIII. Jahrgang.

Einladung zum Abonnement

Das mit dem 1. October d. J. begonnene neue Quartal der

„Krafer Zeitung.“

Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1864 beträgt für Krafer 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzulage 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zufendung des ersten Blattes an) werden für Krafer mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Mr. berechnet.

Amthlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstdes Handschreiben zu erlassen gerührt:
Sieber Graf Andráffy!
Ich finde Sie v. n. der Würde des Oberlandesrichters in Meinen Königreiche Ungarn über Ihre Ansuchen zu entheben.
Schönbrunn, am 21. September 1864.
Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliesung vom 21. September d. J. allergnädigst zu gefassten gerührt, daß der k. k. Legationsrath und Bundeskanzlerdirector Alois Ritter Dumreicher v. Desterreich das Comthurkreuz zweiter Classe des königlich sächsischen Albrecht-Ordens und der k. k. Viceconsul Franz v. Kurpyttich den ottomanischen Medschids-Orden vierter Classe annehmen und tragen dürfen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliesung vom 1. October d. J. dem Volksschullehrer zu Saffen im Thuroker Comitate, Joseph Gerlach, in Anerkennung seines erspriechlichen Wirkens auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen gerührt.

Das k. k. Staatsministerium hat im Einvernehmen mit dem k. Handelsministerium die Errichtung einer Gemeindepfarrkirche in Dornbirn (Borarlberg) bewilligt und die Statuten derselben genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafer, 14. October.

Der Abschluß des Friedenstractates ist in Wälde zu erwarten. Die „Fr. Post.“ bringt folgendes Telegramm aus Wien vom 12. d. : In der gestrigen Konferenzsitzung wurde bezüglich der Finanzfrage ein Compromiß erreicht. Heute wurden nur Nebenfragen erledigt, worauf sodann die Paraphierung des Friedensinstrumentes begonnen wird. Ein Wiener Telegramm der „Schle. Zig.“ meldet ebenfalls, daß die Konferenz sich in der Sitzung mit der Redaction des Friedensinstrumentes beschäftigt hat.

Die „Provinzial-Correspondenz“ vom 12. d. will wissen, daß die von den deutschen Großmächten für die Herzogthümer geforderten 9 Millionen von Dänemark bewilligt seien. In Betreff der Gränzregulierung handle es sich nur noch um einen Landstrich von einer halben Meile. „Flyveposten“ vom 11. d. meldet: Capitän Schöller sei bereits Montag von Kopenhagen nach Wien zurückgereist; es heißt, daß die Regierungsbefestigung der Conferenzzubereinfunft in Betreff der Gränzregulierung überbringe.

Die dänischen Bevollmächtigten, schreibt man der „N. V. Z.“, sind angewiesen, den Vorschlag eines Pauschquantums in Betreff der von den Herzogthümern zu übernehmenden Schulden zu acceptiren. Hierdurch werden zwei Schwierigkeiten, welche die Verhandlungen in die Länge ziehen zu wollen schienen, vermieden. Man braucht es mit der Bestimmung des Präliminar-Protocolls, daß die auf Rechnung der dänischen Gesamtmonarchie gemachten Schulden nach der Kopfzahl der Bevölkerung vertheilt werden sollen, nicht mehr so genau zu nehmen, und man kann die Frage, wem das Eigenthumsrecht an dem Sundzollgehöre, bei Seite liegen lassen. Die Unterszeichnung des Friedens-Vertrages wird (sagt die „Zeidl. Corr.“) noch im Laufe des Monats October erwartet. Erst nach dieser Formlichkeit wird man die Constitution der Herzogthümer in die Hand nehmen und als Vorbereitung zu derselben die Debatten über das Erbrecht der verschiedenen Candidaten erstlich in Gang setzen.

Die „Hamburger Börsen.“ bringt eine officielle Berliner Correspondenz, die wegen der unvermutheten neuerlichen Wandlung in Kiel den Augustenburger heftig anklagt und bedeutungsvolle Drohungen mit dem Oldenburger ausspricht, für welchen Professor Nante den Erbrechtsnachweis ausarbeite.

Wie man aus Frankfurt mittheilt, sind einige der als Originalurkunden dienenden Beilagen der Begründungsschrift des Herzogs Friedrich, welche derselbe der Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 23. August hat vorlegen lassen, an einigen Stellen so schwer zu entziffern und theilweise sogar defect, daß man für gut befunden hat, bei dem Drucke derselben in der Person des Dr. und Notar Euler, Präsidenten des Alterthumsvereins in Frankfurt, einen Sachverständigen beizugeben. Der Druck dieser Beilagen ist nun vollendet und dieser Tage unter den Mitgliedern des Bundes und der einschlägigen Ausschüsse zur Vertheilung gekommen.

Der Hamburger „Unparteiische Correspondent“ dementirt die Meldung, daß Hamburg und Lübeck in Folge des Protestes beim Bundestage von den Telegraphenverträgen mit Holstein zurückzutreten beabsichtigen.

Die „Correspondenz-Beilder“ will wissen, daß das Congressproject von dem Kaiser Napoleon selbst als nicht mehr zeitgemäß aufgegeben sei.

Der Conflict zwischen der spanischen und peruanischen Regierung wegen Besetzung der guanoreichen Chincha = Insel scheint nun glücklich beseitigt. Der spanische Admiral Pinzon, welcher die genannten Inseln besetzt hielt, ist abgerufen worden und somit die Angelegenheit in das Stadium diplomatischer Verhandlungen zurückgetreten. In Paris ist man von diesem Schritte Marvaz' sehr unangenehm berührt und schließt daraus, daß Cabinet Marvaz werde überhaupt die gemäßigte und vermittelnde Politik, welches dasselbe u. A. durch die Rückberufung des Generals Prim und der Presse gegenüber bewiesen, auch bei den schwebenden auswärtigen Fragen zur Geltung bringen und den bei der Aufregung in Lima fast unvermeidlich erscheinenden Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen jenen beiden Mächten zu vermeiden wissen.

Nach in Paris eingelaufenen Depeschen soll am 6. August der Aufstand der Maoris in Neuseeland zu Ende gegangen sein. Die Eingebornen hätten sich unterworfen und ihren Grundbesitz als Unterpfand für die Zahlung einer ihnen auferlegten starken Geldbuße gegeben.

Die Veranlassung zur Abschaffung einer neuen Depesche des Herrn Drouyn de Lhuys an den französischen Gesandten in Rom soll eine Unterredung zwischen dem Minister und dem päpstlichen Nuntius gewesen sein, den der Cardinal Antonelli beauftragt hatte, dem Tuilerien - Cabinet die Vorfrage zu stellen, wessen sich der Papst von dieser Seite versehen könnte, wenn nach dem Abzuge der französischen Truppen aus Rom und trotz des Vertrages die Italienische Regierung außer Stande und nicht gewillt sei, die revolutionäre Partei im Zaum zu halten. Herr Drouyn de Lhuys habe hierauf erwidert, daß Frankreich in diesem Falle von Neuem interveniren würde, aber diesmal nicht allein. Es würde vielmehr alle katholischen Mächte zu einer gemeinschaftlichen Einmischung einladen. Diese Erklärung soll der Minister in der erwähnten Depesche an Herrn v. Sartiges wiederholt haben. (In Rom dürfte man einer solchen Erklärung schwerlich eine große Bedeutung beilegen.)

Bekanntlich haben römische Berichterstatter gesagt, Cardinal Antonelli habe bei Mittheilung der Convention und der in zwei Jahren zu erfolgenden Räumung Roms sich geäußert: „Wozu noch zwei Jahre warten? Der clericale „Monde“ deutet dies Impromptu des Cardinals in sehr interessanter Weise. Wenn ihr vielleicht hoffet, will dies nach dem „Monde“ heißen, daß die in Aussicht stehende Räumung Roms die Politik des heil. Stuhles ändern wird, so laßt diesen Irrthum fahren. Wenn ihr der Ansicht seid, daß die Furcht vor den Ereignissen den Papst - König zu irgend einer Transaction mit dem neuen Rechte bewegen wird, so laßt diesen Irrthum fahren. Was wir heute sind, das werden wir in zwei Jahren, das werden wir immer sein, denn wir repräsentiren die Kirche und die Kirche ist unbeweglich wie ihr göttlicher Stifter. Die Kirche wird dulden und kämpfen, nie aber sich demüthigen, nie vor den modernen Schändlichkeiten sich beugen.

General Lamarmora, schreibt man der „N. V. Z.“ aus Turin, hat auch seinerseits eine Note an die Vertreter Italiens im Ausland gerichtet, worin die Bedeutung der mit Frankreich abgeschlossenen Convention vom italienischen Standpunct aus beleuchtet und worin namentlich aufmerksam gemacht wird, daß die Römer binnen Kurzem in der Lage sein werden, sich ihre Geschichte selbst zu bestimmen. Von einer Verzichtleistung auf Rom ist in der Note durchaus keine Rede, wohl aber von den bevorstehenden kriegerischen Eventualitäten, und von der daraus entstehenden unabwieslichen Nothwendigkeit den Sitz der

Regierung von Turin wegzuverlegen. Auch nach der „N. V. Z.“ erklärt die Note, daß die Verlegung der Hauptstadt nach Florenz eine rein strategische Maßregel sei, und betont ausdrücklich, daß obgleich die Regierung eine Ausöhnung mit dem Papstthum anstrebte, sie doch an dem Grundsätze festhalten müsse, daß den Römern das Recht gebühre, sich ihre Regierung selbst zu wählen. Die Note wird bei der Parlamentsöffnung mit den andern auf die Convention bezüglichen Documenten vorgelegt werden, wenn anders sie nicht mittlerweile in die Oeffentlichkeit dringt. Dieselbe ist indes nur eine weitere Ausarbeitung des Circulars, welches Herr Visconti Venosta vor seinem Rücktritt bereits über diesen Gegenstand verfaßt hatte.

Die „Gazzetta di Milano“ vom 9. October theilt den Inhalt der Rede mit, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten, General Menabrea, bezüglich des Vertrages mit Frankreich in der Sitzung der Municipalität von Turin vom 21. September gehalten hat. Wir erfahren aus derselben nicht Neues. Napoleon III. habe, sagte Menabrea, in die Aufhebung der Occupation Roms bewilligt, weil er in der Verlegung der Hauptstadt nach Florenz eine hinlängliche Garantie für die Unabhängigkeit des Papstes gesehen. Wir hätten Napoleon III. nicht für so genügsam gehalten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Abneigung und auch Bewegung der italienischen Demokratie gegen die französische Convention mehr zu als abnimmt. Mazzini und die Actionspartei sind so derb in ihrer Abweisung der Convention, daß die Franzosen darauf hin wirklich glauben, die Convention sei ein Vortheil für den Papst. Mazzini sagt in seinem schon erwähnten Proteste: „Die Convention vom 15. September übt Verrath gegen die Declarationen des Parlaments; sie übt Verrath gegen die so oft wiederholten Erklärungen der Minister, die auf Cavour folgten; sie übt Verrath gegen die Erklärungen der Volksbevollmächtigten, die das Königreich Italien gebildet haben. Volksbevollmächtigte, Parlament und Nation haben decretirt, daß Italien einig und ungetheilt und Rom die Hauptstadt sei. Die Convention vernichtet diesen Collectiv-Pact und anerkennt durch ihre Bedingungen das Recht des fremden Eindringlings auf Rom und auf uns. Wenn die Regierung die Convention ausführt, decretirt sie den Feudalismus und decretirt sie, daß Rom nach zwei Jahren einem wüthenden Kampfe ohne Ausgange ausgeheft ist, dem Italien in Unbeweglichkeit zuzusehen gezwungen ist, einem permanenten Apromonte. Wenn die Regierung die Convention nicht ausführt, so decretirt sie die Schande der Nation, den Krieg mit Frankreich wegen Bruchs freiwillig eingegangener Verträge, und das Mißtrauen von ganz Europa bezüglich jedes von Italien abgegebenen Versprechens. — Was aber die traurigen politischen Folgen anbelangt, so fallen sie alle auf uns. In zwei Jahren ist das Mißvergnügen vermehrt, die Spuren einer Krise treten dann offen zu Tage, die unvermeidliche Drohung der Republikaner kommt hinzu, und Alles dieses gibt Louis Napoleon einen triftigen Vorwand, der Regierung zu sagen: Die Umstände haben sich geändert; du warst stark, als ich versprach; jetzt bist du schwach und schwankend. Ich wollte Rom sich selbst überlassen; aber ich kann es nicht eine Beute der revolutionären Massen werden lassen.“

Der Artikel des „Constitutionnel“ zur Beruhigung Desterreichs, den wir erst telegraphisch kennen, scheint wieder, wie das „Vat.“ ganz richtig bemerkt, mit der schillernden Zweideutigkeit abgefaßt zu sein, für welche die officiösen Schriftsteller in Paris mustergiltig sind. Hr. Paulin Limayrac versichert, daß Frankreich keine Lust habe, die röm. Frage durch die venetianische zu verwickeln und im Norden der appenninischen Halbinsel einen Brand zu erzeugen, während es sich bemühe, ihn im Süden zu löschen. Allein er weiß nicht ohne Wohlgefallen darauf hin, daß in Venetien Aufregung entstehen, der Krieg im nächsten Jahr propheetet werden könne, und bemerkt, daß dieser Zustand ein chronischer sei, für den die Convention nicht verantwortlich gemacht werden könne. Nun ja, die Convention für sich allein nicht, aber die ganze Politik, deren Werk sie ist.

Unter der Ueberschrift „Desterreich und die Convention vom 18. September“, stellt die „Opinion nationale“ Speculation über die Situation an, welche die Convention vom 15. Sept. geschaffen. Die „Opinion nationale“ mache bei dieser Gelegenheit drei wichtige Zugeständnisse: 1) daß Napoleon den Züricher Vertrag zerissen hat, 2) daß der Züricher Vertrag Desterreich jenes erdenkliche Recht gibt, gegen die neue Lage der Dinge in Italien zu protestiren, und 3) daß fast Alles, was zur Intelligenz in Desterreich zählt, der Erhaltung Venetiens hohe Wichtigkeit beilegt.

Die „Gaz. Ev.“ tritt in einem trefflich gehaltenen

Artikel gegen die Blätter auf, die sich zum Thema genommen haben, das Verhältniß der österreichischen Monarchie zu Italien und Frankreich in Betracht zu ziehen und mit Rathschlägen hinsichtlich des künftigen Verfahrens Desterreichs in der italienischen Angelegenheit aufzutreten. „Wir übergeben“, sagt das Blatt, die „Kölnische Zeitung“, die nicht erröthet die Behauptung aufzustellen, daß Desterreich zur Wahrung des europäischen Friedens die ganze Provinz Venedig abtreten soll, weil eine solche Behauptung keiner Unterstützung, keiner Antwort werth und nur mit einem verächtlichen Stillschweigen abgefertigt werden kann. Wir können jedoch jene Blätter nicht übersehen, deren gute Gefinnungen für die österreichische Monarchie und aufrichtiger Patriotismus keinem Zweifel unterworfen sind, und die in einer Annäherung an Frankreich die eigentliche Richtung der österreichischen Politik erblicken, als ersten Schritt auf diesem Wege das Aufgeben des Züricher Vertrages und Anerkennung des sogenannten Königreichs Italien in seinen gegenwärtigen Gränzen bezeichnen. Wir müssen diesen Blättern erwidern, daß die Anerkennung eine einfache diplomatische Formalität ist, die das Verhältniß der Mächte zu einander und ihrer eigenthümlichen Interessen nicht im Mindesten ändern wird. Wird denn die Anerkennung des Königreichs Italien durch Desterreich die piemontesische Regierung zur aufrichtigen Entlassung auf Venedig bewegen, worauf sie mit solcher Lüthernheit lauert, indem sie dessen Bevölkerung zur Abneigung, ja sogar zur offenen Empörung gegen den rechtmäßigen Monarchen aufregt? Dies wird Niemand zugeben, denn es ist gewiß, daß die piemontesische Regierung, wenn sie auch jeden Zusammenstoß mit Desterreich aufrichtig vermeiden wollte, gegenwärtig nicht die Macht hat, den revolutionären Strom aufzuhalten, der in Italien ebenso gegen Rom als gegen Venedig seinen Zug nimmt und niemals aufhören wird, die venetianische Bevölkerung aufzuwiegen. Mit der Anerkennung des sog. Königreichs Italien also würde Desterreich kein Vortheil erwahren; das Königreich steht ohnehin auf schwachen Füßen und wer weiß, ob nicht die erste Folge der Convention ein von der Bewegungspartei hervorgerufener Bürgerkrieg in Italien selbst sein wird, der jene im Gehirn der Mazzinisten erzeugte und den historischen Traditionen der italienischen Lande ganz entgegengesetzte Einheit Italiens schließlich über den Haufen werfen kann. Was die Annäherung an Frankreich betrifft, wofür fast alle Wiener Zeitschriften mit geringer Ausnahme plaidiren, ist das ein Punct, dessen nähere Bezeichnung nicht leicht ist. Jede Macht muß vor allem ihr eigenes Interesse im Auge haben und ihre Politik kann nur vom eigenen Interesse geleitet werden. Es ist schwer zu erblicken, worin das Interesse Desterreichs mit Frankreich zusammenströme, worin eine dieser Mächte die andere in ihrem eigenen Interesse unterstützen sollte. Nicht uns steht es zu, die weitere Richtung der Politik des kaiserlichen Cabinets vorherzusagen, das durch die anbesohlene Armeereduction die angemessenste Antwort auf die franco-italienische Convention gab, denn diese Antwort ist der beste Beweis von dem Bewußtsein der eigenen Macht der Monarchie und der Absicht, mit nichts hervorzutreten, was den europäischen Frieden stören könnte.“

Ein englisches Blatt hat jüngst folgendes Raisonnement aufgestellt: Die europäischen Continentalstaaten leben in halb feindseligem Zustand und auf dem Fuß des bewaffneten Friedens. In Folge dessen sieht der Handel, verfallen der Literatur, Kunst und Wissenschaft, verschwindet der Fortschritt und sind die vom Krebs der Staatsschuld angegriffenen Staaten vom Bankrott bedroht. Unter diesen Staaten müsse vorzugsweise Desterreich auf Ordnung seiner Finanzen bedacht sein, was es ohne bedeutende Verringerung seines Heeres nicht zu thun im Stande sei. Die Verminderung des Heeres sei aber nur dann möglich, wenn Desterreich wenigstens für jetzt Venetien aufgibt; demnach muß Desterreich diese Provinz, die es in nicht ferner Zeit ohnedies verlieren würde, an Italien um 200 Millionen Franken verkaufen. Gegen dieses Raisonnement läßt sich nun ein italienisches Blatt, die „G. di Verona“, zunächst mit dem Bemerkten vernehmen, daß nur eine Krämerpolitik eine derartige Argumentation zu Markt bringen könne. Die Zumuthung sei übrigens nicht neu und immer in gebührender Weise zurückgewiesen worden. Desterreich gleiche nicht der ehemaligen Signoria von Genua, die Corsica verkaufen mußte, weil sie es nicht zu bewältigen vermochte, und die Bevölkerung Venetiens sei keine zum Verkauf an den Meißbietenden geeignete Heerde. Hervorzuziehen sei übrigens, daß selbst jene Blätter, die stets eine drohende Sprache führen, Venetien keineswegs als leichte Eroberung betrachten und das Schwert Italiens der Aufgabe frei-

neswegs gewachsen halten. Eine Abtretung für Geld wäre aber ein Act der Feigheit, deren der Starke unfähig ist. Nur ein Blödsinniger könne daher annehmen, daß der Monarch, die Regierung und das Parlament Oesterreichs je auf einen Speculationsverkauf Venetiens eingehen und so fremdem Ehrgeiz frohnen, das eigene Ansehen und die eigene Machtstellung aber untergraben würden. Was Oesterreichs Finanzen anbelange, so seien sie zunächst nicht vom Krebs des Pauperismus angegriffen, und nur der Ruhe bedürfe das Land, um seine gewaltigen Hülfquellen zur Heilung aller Schäden verwenden zu können. Venetien „für jetzt“ verkaufen, sei übrigens gleichbedeutend mit einem späteren Verkauf Istriens und Dalmatiens. Oesterreich aber, das sich muthig und tapfer zu verteidigen wisse, vertrete sich weder auf Länderschnader noch auf Selbsterniedrigung.

Am 12. d. ist in Berlin, 12. d., die Unterzeichnung des Vertrages über den Beitritt Baierns, Württembergs, Heßens-Darmstadt's und Nassaus zum neuen Zollverein erfolgt.

Ueber die Wiederaufnahme der Prager Conferenzen unter Theilnahme Baierns und Sachsens wird gegenwärtig berathen. Es scheint, schreibt die ministerielle Berliner „Prov.-Corr.“, wiederum, daß es der Wunsch Oesterreichs sei, daß außer dem gegenwärtig allein erzielbaren Handelsvertrage auch eine wirkliche Zollvereinigung zwischen Oesterreich und dem Zollvereine für die Zukunft vorgesehen werde, wie in dem Vertrage von 1853. Die preussische Regierung widerstrebt einer Zollvereinigung, weil es dieselbe für so lange unmöglich hält, bis Oesterreich die Grundzüge seiner Handelspolitik gänzlich ändert, und weil es unangemessen ist, in einem Vertrag Bestimmungen aufzunehmen, deren Erfüllung vorläufig unmöglich.

Die Conferenzen mit dem preussischen Bevollmächtigten in Prag werden, wie man uns meldet, vorderhand nicht fortgesetzt werden. Die Beamten, welche Freiherr v. Höck dort zurückgelassen, sind zurückberufen worden, das Kanzlei-personal des Herrn v. Hasselbach ist gleichfalls abgereist, da bei einer Erneuerung der Verhandlungen, wo Baiern und Sachsen mit eintreten sollen aller Wahrscheinlichkeit nach in anderer Ort als Prag gewählt werden dürfte. Wie die „Const. Dest. Ztg.“ schreibt, hat auch Baron Höck wieder seine Amtsthätigkeit in Wien begonnen und versieht einstweilen in Abwesenheit des Freiherrn v. Holzgethan die Geschäfte des Unterstaatssekretärs. Wie verlautet, will das Ministerium, ehe es die Verhandlungen wieder anknüpft, noch einmal Preußen zu einer offenen und klaren Darlegung seiner Meinung auffordern.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. Oct. Se. Majestät der Kaiser wird, wie gemeldet wird, Sonntag Abends mittelst Separat-Poljag von Ischl kommend, sammt höchstbesenen Begleitung in Schönbrunn eintreffen.

Se. k. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 16. September aus Allerhöchster Gnade dem Joseph Beranek aus Matotras die Nachsicht der gesetzlichen Folgen seiner im Jahre 1858 stattgefundenen Verurtheilung wegen des Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung allergnädigst zu ertheilen geruht.

Wie „Nar. Nov.“ melden, haben Se. k. l. Apostolische Majestät für jene Jünglinge, welche gut croatisch verstehen und sich durch einen Zeitraum von sechs Jahren der militär-juridischen Geschäftsführung in jenen Gegenden, in welchen croatisch gesprochen wird, zu widmen beabsichtigen, 30 Stipendien je im Betrage von 250 fl. zu sistemistren allergnädigst geruht.

Der Maler Winterhalter hat das Portrait Ihrer Majestät der Kaiserin vollendet. Das Gemälde wird sehr gelobt. — Dem Vernehmen nach wird auch Se. Majestät der Kaiser nach seiner Rückkehr aus Ischl, welche zu Ende dieser Woche erfolgen soll, dem Künstler folgen. Die Porträts sind für den Hof von Mexico bestimmt.

Die „Gen. Corr.“ schreibt: Zur möglichst baldigen Verwirklichung des Baues neuer stabiler Gebäude für die beiden Häuser des Reichsrathes ist neuesten ein bedeutender Schritt geschehen. Wie wir vernehmen, hat der Herr Staatsminister auf Grund der von Sr. Majestät ertheilten Ermächtigung an mehrere der hervorragendsten Baukünstler der Monarchie die Aufforderung gestellt, sich auf Grund der ihnen mitgetheilten Bauprogramme, welche nach Rücksprache mit den Präsidien der beiden Häuser des Reichsrathes festgesetzt wurden, an der Ausarbeitung der bezüglichen Bauprojecte und Kostenüberschläge zu betheiligen. Wie wir weiter vernehmen, ist für jedes der beiden Häuser des Reichsrathes ein abgeordnetes Gebäude in Aussicht genommen und sollen die erforderlichen Baustellen u. z. jene für das Herrenhaus in Mitte der Baugruppe vor dem Volksgarten, jene für das Abgeordnetenhaus inmitten der Baugruppe zwischen der Elisabethbrücke und dem neuen Gebäude der Genie-Direction bestimmt sein. In den maßgebenden Kreisen trägt man sich, wie uns versichert wird, mit dem Wunsch, den Bau selbst schon im nächsten Frühjahr beginnen zu können und soll zu diesem Behuf auch in dem Staatsvoranschläge für das Jahr 1865 von der Regierung zu Zwecken dieses Baues ein angemessener Credit angeprochen werden.

Der türkische Botschafter Fürst Kallimachi hat einen längeren Urlaub erhalten, und es ist zweifelhaft, ob derselbe wieder den Posten in Wien bekleiden wird.

[Der Polen-Proceß in Brünn.] Vor den Schranken des Brüner Landesgerichts standen am 11. d. als Angeklagte 1. Johann Gering aus Falkenberg in Böhmen, 42 J. alt, katholisch, ledig, zur Zeit seiner Verhaftung Stations-Ingenieur auf der Nordbahnstation Gruschn. Im Jahre 1846 war G. bereits in Untersuchung wegen Hochverrath; es wurde jedoch von derselben abgelassen. 2. Carl Wrona aus Valfowig in Mähren, 23 Jahre alt, katholisch, ledig, Telegraphendirektor in Gruschn. 3. Wilhelm Janeky aus Hultschin in Preussisch-Schlesien (Bez. Ratibor), Vater von acht Kindern. 4. Andreas Stoklasek aus Leitnitz in Mähren, 47 Jahre alt, katholisch, verheiratet, Vater von sieben Kindern, Stationswächter in Gruschn. Sämmtliche Angeklagte sind beschuldigt des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe durch Zuführung von Waffen und Munition an die polnischen Insurgenten, Johann Gering außerdem durch Vermittlung der Correspondenz der Aufständischen und durch Instruktion und Beförderung der Jünger zu den Insurgentencorps und Begünstigung der Flucht der Internirten. Am Anfang dieses Jahres wurde dem Brüner Polizeidirector die vertrauliche Anzeige gemacht, es bestände in Gruschn ein Comité zur Instruktion flüchtiger Internirter. Der Polizeidirector schickte hierauf den Polizei-Agenten Alexander Neslanil unter der Maske eines polnischen Internirten nach Gruschn und gab ihm den Polizei-Kanzlisten Julius Walaga als Beamten mit, der, wenn irgend ein Verdacht sich als begründet zeige, von Amtswegen einschreiten solle. Alexander Neslanil nahm zur Unterstützung des Internirten Clement mit und reiste nach Gruschn ab.

Am 20. d. kamen Clement und Neslanil auf dem Bahnhof in Gruschn an, beide waren polnisch gekleidet. Clement traf Jemanden auf dem Bahnhof, der ihn polnisch grüßte. Er erzählte demselben, daß er ein flüchtiger Internirter sei, bat ihn um eine Unterkunft und gestand ihm weiter, daß er eine Legitimations-Karte habe. Der Unbekannte versprach ihnen solche zu schaffen, kam alsbald mit Gering zurück, der aus der Westentasche falsche Legitimationskarten herauszog. Auf dieses Factum hin wurde noch in der Nacht in Gering's Wohnung eine polizeiliche Hausdurchsuchung gehalten, doch fand man dort nichts vor. Man revidirte nun seinen Schreibtisch im Bureau der Bahn, bei welcher er bedienstet, und fand daselbst 2 gefiegelte Briefe mit den Aufschriften: „Madame Garnier — Paris“, „Madame Roland — Paris“. Ferner drei offene Briefe in polnischer Sprache, endlich ein Adressen-Büchlein sowie ein Verzeichniß Internirter vor. Die Legitimationskarten erwiesen sich als Falsificate, die Briefe nach Paris enthielten andere Briefe unter verschiedenen Adressen, u. z. an den diplomatischen und Waffen-Agenten der polnischen National-Regierung in Paris, an den Waffen-Agenten in Lüttich, namentlich von den verschiedenen Departements der polnischen Nationalregierung herrührend, und sich theils auf militärische, theils auf Finanzmaßregeln beziehend. Die polnischen Briefe schienen sämmtlich an Gering gerichtet und enthielten Weisungen über die Expedition von Correspondenzen.

Gering behauptet zu seiner Rechtfertigung, er habe am 18. Jänner d. J. um Mittag einem ihm unbekanntem Mann auf dessen Ersuchen erlaubt, da es im Wartsalon kalt gewesen war, an seinem Ranzleitisch zu schreiben, er (Gering) sei hierauf zum Mittagessen gegangen, und will bei seinem Wiedererschienen im Bureau jenen Fremden nicht mehr, wohl aber das fragliche Paquet auf seinem Tisch liegend gefunden haben. Gering behauptet bei seiner weiteren Vernehmung, von dem Inhalt jenes Paquets keine Kenntniß gehabt zu haben, welches ihm jener Fremde wieder abzuholen versprochen hatte. Die zwei, jenen flüchtigen Internirten eingehändigten Legitimationskarten will der Angeklagte zu seinem Bedauern dem Paquet entnommen haben, jedoch nicht in der Absicht, um ihre Flucht zu befördern, sondern um sie in nächsten Tagen von ihrer Abreise selbst der Polizei zu übergeben. Es werden hierauf die bei dem Angeklagten vorgefundenen Briefstücke und andere auf den Proceß bezügliche Actenstücke verlesen. Von großem Interesse ist eine Auskunft des k. k. Kriegsgerichts in Krakau, dahin gehend, daß in Krakau unter dem Präsidium der verhafteten Gräfin Wozizka ein Frauent Comité bestanden habe, dessen Aufgabe gewesen sei, gefangenen Polen die Mittel zur Verbesserung ihrer Lage und zur Flucht an die Hand zu geben; doch habe dieses Verein außer humanitären auch politische, aufrührerische Zwecke verfolgt und namentlich den Zuzug zu den Insurgenten zu befördern gesucht. Er habe in allen jenen österreichischen Städten, wo Insurgenten internirt waren, Commissäre aufgestellt, denen die Städte zu wahren Depots für den Aufstand wurden, indem hier die Insurgenten, wenn sie einberufen wurden, was durch einen Ertrag der National-Regierung an das Frauen-Comité geschah, Geld, Equipirung und die Mittel zur Flucht erhielten.

Da die Ueberzeugung aus dem Polnischen ins Deutsche manche Fehler aufweist, so wird von dem Dolmetsch eine Correctur vorgenommen. — Nachdem diese mühsame Arbeit den größten Theil des Nachmittags in Anspruch genommen und noch die Urtheile der Sachverständigen über die Frage vernommen worden, ob die vorliegenden Handschriften von einer Hand herrühren können, wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf den 13. d. M. 9 Uhr Vormittag verlagert.

In der letzten Sitzung des steiermärkischen Landesauschusses wurde ein sehr interessanter Bericht geleset. Es hat nämlich der Landtag in der 16. Sitzung der Session von 1863 den Beschluß gefaßt, den Ertrag der bei einigen Steuerämtern Steiermarks untergeschlagenen Grundentlastungsgeldern aus dem Staatschätze trotz der gesehenen Ablehnung von Seite des Staatsministeriums und trotz der Erfolglosigkeit der im Reichsrathe deshalb gestellten Interpellation, durch den Landesauschuß neuerdings zu beanspruchen und im äußersten Falle den Klageweg nach dem Civilrechte gegen das k. k. Aerar zu betreten. Da die in Folge dessen vom Landesauschuß an den Reichsrath gerichtete Petition auf die vorausgesetzungen erfolglosen Erledigungen verwiesen wurde,

so wurde dem Landesauschusse in der diesjährigen Session des Landtages der Auftrag ertheilt, seine diesfällige Thätigkeit in geeigneter Weise fortzusetzen. Dies geschieht nun und wurden die Landtagsabgeordneten Dr. Joseph v. Kaiserfeld, Dr. Nechbauer und Dr. Fleck, die sämmtlich Advocaten sind, ercluidt, über die Art und Zulässigkeit der Betretung des Klageweges bezüglich der defraudirten Grundentlastungsgelder und über das diesfalls zu stellende Begehren ein motivirtes Rechtsgutachten dem Landesauschuß abzugeben.

Der Präsident des Nationalrathes der schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Dubs, ist in Triest eingetroffen.

Deutschland.

Dem österreichischen Etappencommando in Hamburg wurde, wie ein Telegramm des „Zürch.“ meldet, aus Wien officiell der bevorstehende Durchmarsch über Schleswig-Jütland theilweise österreichischen Truppen angezeigt.

Aus Lübeck, 12. Oct., wird gemeldet: Das englische Dampfschiff „Osborne“ ist mit der Prinzessin von Wales nebst ihrem Sohne in Travemünde eingetroffen, von wo die Prinzessin um 11 Uhr Vormittags mit einem Ertrage nach Glückstadt weiterreiste.

Die „Kieler Zeitung“ meldet aus Apenrade vom 11. d. M.: Die heute Abendete Abstimmung, ob deutsch oder dänisch die Schulsprache sein solle, ergab 454 Stimmen für die deutsche, 250 Stimmen für die dänische Sprache.

Die „Deutsche Kunstgenossenschaft“ wird im nächsten Jahres zu Kiel ihre General-Versammlung halten. Zum Vorort des Vereins ist Weimar abgemacht worden.

Wie man der „Sp. Z.“ schreibt, beabsichtigt die Stadt Rendsburg zu Ehren der Erstürmung der Düppeler Schanzen und der Eroberung Alrens mehrere Denkmäler zu setzen und zwar sollen dies eroberte Kanonenrohre (Spinn.) sein, die vor der Hauptwache und auf einem Plage aufgestellt werden sollen.

Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin ist vom 17. November nach Malchin einberufen.

Am 16. d. findet, wie erwähnt, in Weimar eine Ausschusssitzung des deutschen Abgeordnetentages statt. Gegenstand der Berathung wird insbesondere die Stellung der einzelnen Abgeordneten zu ihren verschiedenen Regierungen bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage sein. Von den drei österreichischen Mitgliedern des Sechshunddreißiger Ausschusses (Nechbauer, Groß und Fleck) sollen zwei wegen Verhinderung abgeschrieben haben, während der dritte auf die Einladung gar nicht antwortete.

Zum kurheffischen Ministerresidenten am Pariser Hofe (also an die Stelle des aus dem Staatsdienste ausgetretenen Herrn v. Göddäus) ist ernannt, wie die „F. P.“ berichtet, der frühere Minister des kurfürstlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geh. Legations-Rath v. Meyer, welcher seit fünf Jahren zur Disposition stand.

Aus Stuttgart, 11. Oct., wird geschrieben: Der Zutritt des Justizministers Frhrn. v. Wächter-Spittler, der schon längst in Aussicht stand, ist vorige Woche erfolgt. Sein Portefeulle wird provisorisch vom Geheimrathes-Präsidenten Frhrn. v. Neuvorh übernommen. Nach glaubhaften Gerüchten soll dasselbe dem Prof. v. Wächter in Jena, früherem Kanzler der Universität Tübingen, angeboten sein. Ueberhaupt sind mit demselben schon seit einiger Zeit Unterhandlungen im Gange, um ihn wieder für Württemberg zu gewinnen, weil der König seinen früheren Lehrer — er gab ihm in der Rechtswissenschaft längere Zeit Privatunterricht — in seiner Nähe wünscht.

Die Kaiserin Eugenie soll dem Besitzer des Landhauses in Schwalbach, welches sie bewohnt hat, die Zusage ertheilt haben, im nächsten Jahr, wenn keine Verhinderung eintrete, wieder nach seiner Villa zu kommen.

König Ludwig II. von Baiern hat in Kissingen eine evangelische Pfarrei, mit einem für den Pfarrer auskömmlichen Dienstlohn fundirt.

Der König von Preußen wird auf seiner Rückreise nach Berlin die russischen Majestäten in Darmstadt sehen und der Kaiser von Rußland auf der Rückreise von Nizza nach St. Petersburg Anfangs November Berlin besuchen.

Der Berliner Polen-Proceß. Sitzung vom 10ten October. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß der Gerichtshof beschloffen habe, von morgen ab die gewöhnliche Mittagspause auf 10 Minuten zu beschränken und die Sitzungen früher zu schließen, um den Angeklagten eine längere Freistunde und den Mitgliedern des Gerichtshofes, wie den Bertheiligern die Möglichkeit einer Erholung zu gewähren.

Es werden hierauf mehrere Zeugnisaussagen in Sachen des Angeklagten Baclaw v. Koszutski verlesen, worauf Rechtsanw. Wisiecki den Antrag auf Entlassung des Angeklagten wiederholt, event. gegen Erlegung einer Caution. Der Ober-Staatsanwalt widerspricht. Von den demnächst in Sachen gegen die Angeklagten v. Brodnicki, v. Krasicki und v. Malezewski vernommenen Zeugen bekundet v. A. der Gränz-Aufscher Günther, daß er den Angeklagten v. Krasicki am Tage nach der Ruchociner Expedition getroffen, als derselbe einen Wagen mit Waffen von der polnischen Gränze her transportirte. Er habe den Wagen nicht mit Beschlag belegt, weil er allein war und sich in Begleitung des Angeklagten noch mehrere Herren befanden. Der Angeklagte habe übrigens sofort seinen Namen genannt und auch seine Visitenkarte überreicht. Der Ruchociner (früher im Dienste des Angeklagten v. Brodnicki) erzählt, daß er nach Polen gegangen sei und am Kampf im Ruchociner Walde Theil genommen habe. Er sei freiwillig gegangen, ohne vom Angeklagten überredet worden zu sein. Im Ruchociner Walde habe er den Angeklagten, jedoch unbewaffnet, gesehen. Eine ähnliche Aussage macht der Bediente Dachteński. Rechtsanw. v. Wisiecki protestirt

gegen die Vereidigung dieser Zeugen, weil sie sich am Kampfe betheiligt; der Gerichtshof beschließt die Vereidigung, und diese erfolgt. Die übrigen Zeugnisaussagen sind ohne Bedeutung.

Es wird hierauf mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Der Vicar August Samorjewski aus Schroda, 32 Jahre alt, wird beschuldigt, daß er die Kanzel zu aufreizenden Reden mißbraucht habe und außerdem im Interesse des Dzialyński'schen Geheimbundes thätig gewesen sei. Durch den Schrodaer Kreis waren drei Linien eingerichtet, auf welchen die Mannschaften und der Kriegsbedarf nach Polen befördert werden sollten. Für eine dieser Linien soll der Angekl. Commissar gewesen sein, was sich aus einer eigenhändigen Notiz des Gr. Dzialyński ergeben soll. Dem Angekl. wird außerdem eine Reise nach Polen, als im Interesse des Aufstandes unternommen, vorgeworfen. Er befreit die Angaben der Anklage, indem er ausführt, daß er wohl Mitgefühl für den Kampf gehabt, daß ihm aber das Christenthum, welches er predige, den Weg des Schwertes verbiete. Er gibt demnächst zu, daß er Lebensmittel nach dem Lazareth zu Strzelna, nicht aber Waffentransporte befördert habe, und daß er die Reise nach Polen unternommen, um seine daselbst in Ladet wohnende, erkrankte Großmutter zu besuchen. Nach Beendigung der Vernehmung tritt die Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung beantragt Rechtsanw. v. Wisiecki die Vernehmung des von ihm mit Mühe und Geldopfer herbeigeschafften Zeugen Dienststationen Stachowiat in Sachen des Angekl. Matthäus v. Strzyblewski. Die Vernehmung erfolgt und der Zeuge erklärt, daß er von seinem Wirthe aufgefordert worden, nach Polen zu gehen, daß er dies dem Angekl. v. Strzyblewski mitgetheilt und dieser ihm gesagt habe, er solle nach Hause gehen, weil er zu klein und zu schwach sei. Der Zeuge vermag dem Angekl. zu recognosciren. — Rechtsanw. Wisiecki beantragt hierauf die Entlassung des Angekl. v. Strzyblewski: der Ober-Staatsanwalt widerspricht. Rechtsanw. v. Wisiecki protestirt gegen einen so völlig unmotivirten Widerspruch. Der Präsident erklärt, daß er solch eine Discussion nicht zulassen könne, daß er vielmehr in solchen Fällen den Beschluß des Gerichtshofes zur Ausführung bringen und die Vertheidigung ersuchen müsse, die Entlassungs-Anträge schriftlich zu stellen.

Rittergutsbesitzer Maximilian v. Jackowski, 48 Jahre alt, auf Pomaranowice im Kreise Schroda ist verhaftet worden am 2. März v. J. in Karlsruhe nach dem Befehle bei Miecownia, in Folge dessen die nach Polen übergetretene sogenannte Garcyński'sche Abtheilung nach Preußen zurückgeworfen wurde. Es hat sich durch die Untersuchung nicht ergeben, daß der Angeklagte die Reise nach Karlsruhe zum Behufe der Förderung des Aufstandes angetreten und es erfolgte schon deshalb Anfangs April v. J. seine Entlassung aus dem Gefängnisse. Wiewohl die Entlassung des Angeklagten nur eine vorläufige war, so soll derselbe sich demnach an dem Unternehmen weiter betheiligt haben und zwar als Agent bez. Commissarius des Mitangeklagten Wladimir v. Wolniewicz; es soll sich dies aus mehreren Berichten des Wolniewicz (der als sogenannter Kriegs-Commissar des Großherzogthums Posen die ganze Bewegung leitete) ergeben. Der Angeklagte gibt die Richtigkeit des ersten Theiles der Anklage zu. Er behauptet aber, daß er die Reise nach Karlsruhe nicht gemacht, um sich dem Ruchociner Zuge anzuschließen, sondern um den Angeklagten v. Krasicki zu besuchen. Er habe denselben nicht zu Hause getroffen und sei nicht weiter gereist, weil ihm die zerstreuten Ueberreste der Ruchociner Expedition entgegen gekommen seien. Davon, daß er ein Agent des Wolniewicz gewesen sei, wisse er nichts.

Der Particulier Andreas Storzewski aus Zerkow, 38 J. alt, der hierauf vernommen wird, sagt, daß er mit dem Grafen Dzialyński in keinem directen Verkehr gestanden habe. Als der Aufstand in Polen ausgebrochen war, habe er den Entschluß gefaßt, nach Polen zu gehen und zu dem Zwecke selbständig eine Abtheilung zu bilden und zu führen. Er habe sich deshalb an den Grafen Dzialyński, von dem er gewußt, daß er sich für den Aufstand interessire, mit der Bitte gewendet, die Abtheilung mit Waffen zu versehen. Der Graf habe ihm das zugesagt, später aber von ihm verlangt, daß er seine Bitte schriftlich abfaßen möge, damit der Graf sich darüber mit seinen Freunden berathen könne. Dies habe er gethan, und da die Eingabe an mehrere Personen gerichtet werden mußte, so habe er in derselben den Ausdruck „Comité“ gewählt, der ihm der passendste zu sein schien. Einen Erfolg habe das Gesuch nicht gehabt. — Rechtsanw. Lent stellt hierauf den Antrag, diesen Angeklagten, gegen den weiter gar nichts vorliege, als der an den Grafen Dzialyński gerichtete Brief, sofort der Haft zu entlassen, da er für diese Handlung wohl durch die lange Untersuchungshaft genügend gestraft sei. Der Ober-Staatsanwalt widerspricht dem Antrage, da in dem Briefe des Angeklagten eine vorbereitende Handlung zu einem hochverrätherischen Unternehmen gefunden werden könne.

Der Gutsbesitzer Hippolyt v. Duszyński aus Rausof, 25 J. alt, wird namentlich der Ansammlung von Waffen vorrathen zum Zwecke des Aufstandes beschuldigt. Derselbe bestreitet dies, gibt aber die einzelnen von der Anklage aufgestellten Thatfachen zu, daß er z. B. ein Packet Pulver w. — welches ein Fremder bei ihm zur Aufbewahrung abgelegt — habe über die Gränze schaffen lassen, da es nicht wieder abgeholt worden w. Er selbst sei jedoch nach Polen gefahren, um, wie er erklärt, sich nach dem Verbleibe einiger seiner Freunde zu erkundigen. Bei dieser Gelegenheit sei sein Wagen im Sumpfe stecken geblieben und von russischen Bauern genommen worden. Er sei entflohen.

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zur Berathung zurück und beschließt die Entlassung des Angeklagten Storzewski, dagegen wird die Entlassung des Angeklagten Matthäus v. Strzyblewski abgelehnt.

Frankreich.

Paris, 11. October. Der Abend-Moniteur enthält einen Bericht des Prinzen Napoleon als Präsidenten der neuen Commission für Herausgabe der Correspondenz Napoleon's I. Der Prinz entwickelt

Amtsblatt.

Kundmachung.

(903. 3)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht in Wien in Strafsachen erkennt Kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestat verliehenen Amtsgewalt, das der Inhalt der Druckschrift:

Garibaldi, Stalens Feld und Schwert, historisches Lebensbild von Gerhart Hau, 5 Bände, Berlin 1864, Druck und Verlag von Otto Janke, den Inhaltbestand der Verbrechen des Hochverrathes nach §. 58 c. und der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 65 a. St. G. B. begründet und verbindet hiemit nach §. 36 des P. G. das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Dieses Erkenntnis ist nach §. 16 des Gesetzes über das Strafverfahren in Preßsachen kundzumachen.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Wien, 29. August 1864.

Der k. k. Landesgerichts-Vizepräsident:

Schwarz m. p.

Der k. k. Rathsecretär:

Thallinger m. p.

Kundmachung.

(1050. 2)

Erkenntnis.

Das k. k. Landes- als Strafgericht in Prag hat mit Urtheil vom 27. September 1864

über die Nummern 39 und 41 der in Jungbunzlau erscheinenden Zeitschrift "Boleslavan"

wegen der darin enthaltenen Verbrechen der Majestätsbeleidigung und der Störung der öffentlichen Ruhe (§§ 63 und 65 lit. a. St. G.) das Verbot der weiteren Verbreitung ausgesprochen.

Kundmachung.

(1052. 1-3)

Ueber Einschreiten des Wadowicer Magistrats wird der für Wadowice auf den 3. October ersinnende Jahrmarkt, nachdem dessen Abhaltung an diesem Tage wegen eingetretener Regengüsse vereitelt wurde, auf den 17. October 1864 verlegt.

Von der k. k. Statthalterei-Commission

Krafsam am 11. October 1864.

Obwieszzenie.

W skutek przedstawienia przez Magistrat miasta Wadowice wniesionego jarmark, który w Wadowicach na dniu 3go Października odbyć się miał, lecz z przyczyny deszczów zapadłych do skutku nie przyszedł na dzień 17go Października 1864 odłożonym zostaje.

Z c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, 11 Października 1864.

Kundmachung.

(1053. 1-3)

In der letzten Hälfte des vorigen Monats ist im Krafsauer Verwaltungsgebiete die Rimberpest in Kamionka wielka Sandec, dann in Machów und Staromiejsce Rzeszower Kreises in Folge Einschleppung durch in Strij eingekauftes und zur Raft bestimmtes Schlachtvieh ausgebrochen.

Die Seuche herrscht gegenwärtig im vorbezeichneten Verwaltungsgebiete zu Filipowice und Wrzepia des Krafsauer, zu Kamionka wielka des Sandeicer, endlich zu Machów und Staromiejsce des Rzeszower Kreises und hat während der Dauer der gegenwärtigen Invasion in 6 zu 3 Kreisen gehörigen Dörfern von einem Großhornviehstande von 2417 Stück in 48 Wirtschaftshöfen 241 Kinder befallen, von denen 48 genasen, 154 umstanden, 19 gekütert wurden und 20 im Krankenstande verblieben; 7 Stück feuchenverdächtige Thiere wurden gewerbsmäßig geschlachtet und 118 contumaciert.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krafsam am 7. October 1864.

Picitations-Kundmachung.

(1051. 1-3)

Bermöze welcher von Seite der k. k. Genie-Direction bekannt gemacht wird, das es im Auftrage des hohen k. k. Kriegsministeriums bei der für den 19. October d. J. anberaumten - mit Kundmachung vom 10. October d. J. jedoch widerrufenen Picitation über

Schlosser-Arbeiten

wieder zu verbleiben hat und diese sonach am besagten Tage Statt finden wird.

k. k. Genie-Direction

Krafsam den 13. October 1864.

Kundmachung.

(1047. 2-3)

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, das zur Sicherstellung der Tabak-Material-Zufuhr von der k. k. Tabakfabrik in Kaschau zu den k. k. Tabak-Bezirks-Magazinen in Bochnia, Tarnow, Neuhandec und Rzeszow auf die Zeit vom 1. Jänner 1865 bis letzten Dezember 1865, oder aber bis letzten Dezember 1867 die Concurrenz-Ver-

handlung mittelst schriftlicher Offerte, welche bis 31ten October 1864, 12 Uhr Mittags im Präsidium der k. k. Finanz-Landes-Direction einzulangen haben, eröffnet wird.

Das Nähere kann bei den k. k. Finanz-Landes-Directionen in Krafsam und Lemberg, sowie bei den unterstehenden k. k. Finanz-Bezirks-Directionen eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krafsam, 30. September 1864.

Concurs-Ausschreibung.

(1048. 2-3)

Vom k. k. Krafsauer Landesgerichte wird zur Besetzung der bei dem Krafsauer Landesgerichte erledigten Gefängnis-Haus-Wundarztstelle mit der Bestallung von jährlichen 84 fl. d. W. der Concurs hiemit ausgeschreiben.

Bewerber haben ihre ordnungsmäßig belegten Gesuche binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung bei dem k. k. Landesgerichts-Präsidium unmittelbar, oder falls sie bereits in öffentlichen Diensten stehen, durch ihren Vorsetzer zu überreichen.

Vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes.

Krafsam, 8. October 1864.

Concurs-Ausschreibung.

(1043. 3)

Zur Besetzung der mit einem jährlichen Bezuge von Vierhundertzwanzig (420) Gulden öst. W. verbundenen Oświęcimier Judenrath- und Wadowicer Kreis-Rathbinerstelle für die Dauer von drei Jahren wird der Concurs bis zum 10. November 1864 mit dem Beizage ausgeschreiben, das die Bewerber um diesen Posten in Gemäßheit des mit dem h. Gubernial-Erlasse vom 10. Februar 1837, 3. 45422, bekannt gegebenen h. Hofkanzlei-Decretes vom 7. Juli 1836 §. 17719 über die an einer inländischen Lehranstalt zurückgelegten philosophischen Studien und insbesondere auch über die Paedagogik, dann über ihre allenfällige bisherige Verwendung im Rabbinatswesen und über ihr moralisches Betragen glaubwürdige Zeugnisse beizubringen und ihre wohlinstruirten Gesuche in der obbestimmten Concursfrist an das k. k. Bezirksamt zu Oświęcim einzulegen haben.

Von der k. k. Kreisbehörde.

Wadowice, 1. October 1864.

Concurs.

(1044. 3)

Bei der k. k. Postexpedition Niepolonice ist die Expedientenstelle zu besetzen.

Die hiemit verbundenen Bezüge bestehen in einer Jahresbestallung von Einhundertzwanzig (120) Gulden, einem Amtspauschale jährlich Dreißigsech (36) Gulden und für die Unterhaltung täglicher Botenfahrsposten zum Bahnhof Podgłeze und retour in einem Jahresbotenpauschale von Zweihundertneunzigvier (294) Gulden öst. W., wogegen der Postexpedient zur Bestellung eines vorchriftsmäßigen Poststalles und der erforderlichen Betriebsmittel für die erwähnten Botenfahrsposten verpflichtet ist.

Bewerber um diesen, gegen Abschluß eines Vertrags und Erlag einer Caution von 200 Gulden zu verleiende Postexpedientenstelle, haben ihre gehörig gestempelten Gesuche unter documentirter Nachweisung des Alters, der bisherigen Beschäftigung, der vollen Vertrauenswürdigkeit und der Vermögensverhältnisse binnen vier Wochen bei der gefertigten Postdirection einzubringen.

Bei sonst gleichen Verhältnissen erhält jener Bewerber den Vorzug, welcher für obige Botenfahrsposten gegenüber dem im Concurs festgesetzten Botenfahrsposten eine geringere, beziehungsweise die mindeste Förderung stellt.

Auf mangelhaft instruirte und verspätet einlangende Gesuche wird kein Bedacht genommen.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, 8. October 1864.

Edykt.

(1042. 3)

C. k. Sad krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Feliksa Sobieniowskiego tudziez p. Józefa Sobieniowskiego jako opiekuna Feliksa Sobieniowskiego z miejsca pobytu i zycia nie wiadomych, tudziez w razie śmierci pierwszego, jego spadkobierców i prawonabywców z imienia, nazwiska, miejsca pobytu i zycia niewiadomych, ze przeciw nim p. Leib czyli Leib Margulies wniósł pozew dnia 24 Września 1864 do l. 18358 o uznaniu przedawnienia i wykreslenia sumy 3123 złp. 15 gr. z p. n. wedle ks. gł. Gm. VI. vol. ant. 1 pag. 540 n. 4 on. w stanie biernym realności pod l. 68 i 69 Gm. VI. w Krakowie położonych, na rzecz Feliksa Sobieniowskiego, zabezpieczonej, w załatwieniu tegoż pozwu termin na dzień 15 Listopada 1864 o godzinie 10 rano wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanych nie jest wiadome, przeto c. k. Sad krajowy w celu zastępowania pozwanych jak równie na koszt i niebezpieczeństw tychże tutejszego Adw. p. Dra. Geisslera z podstawieniem p. Adw. Dra. Zuckra kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwa-

nym, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sami stangli, lub też potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla nich zastępcy udzielił, lub wrzescie innego obrońcę sobie wybrał, i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniesł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikię z zawiedbania skutki sami sobie przypisać musiel.

Kraków, 3 Października 1864.

Kundmachung.

(1045. 3)

Von Seiten des k. k. Bezirksamtes als Gerichtes zu Kalwarya wird hiemit bekannt gemacht, das der k. k. Notar Vinzeng v. Złochowski in Wadowice zur Vornahme jammlicher in §§. 183 und 184 des kais. Patentes vom 21. Mai 1855 näher bezeichneten Acte in Verlassenschafts-Angelegenheiten für jammliche Gemeinden und Dörfschaften des Bezirkes Kalwarya als Gerichts-Commisfar bestellt wurde.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Kalwarya, 14. September 1864.

Obwieszzenie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sad w Kalwaryi podaje niniejszem do wiadomości, że c. k. Notaryusz Wincenty Złochowski w Wadowicach ustanowionym został Komisarzem sądowym do wszelkich czynności spadkowych w §§ 183 i 184 ces. patentu z dnia 21 Maja 1855 bliżej wyszczególnionych, na wszystkie gminy do powiatu Kalwaryi należące.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sądu.

Kalwarya, 14 Września 1864.

Kundmachung.

(1055. 1-3)

In Folge Erlasses des hohen k. k. Oberlandesgerichts-Präsidiums in Krafsam vom 11. October 1864, 3. 3043, wird der von diesem k. k. Kreisgerichts-Präsidium unterm 22. August 1864, 3. 652 zur Besetzung einer Accessistenstelle bei dem k. k. Kreisgerichte in Neuhandec ausgeschriebene und in das Amtsblatt der Krafsauer Zeitung Nr. 194, 195 und 196 eingeschaltene Concurs hiemit widerrufen.

Vom k. k. Kreisgerichts-Präsidium

Neuhandec, 13. October 1864.

Stammholz-Verkauf.

(1054. 1-3)

Von der Gutsverwaltung zu Tuszów, Tarnower Kreises, Amtsbezirk Mielec, wird hiemit zur Kenntnis gebracht, das von der heurigen Holzfüllung noch einige Tausend Rieferstämme verkauft werden können, und das dem Differenzen für größere Partien auch besondere Berücksichtigung zugewendet wird.

Der Verkauf findet am Stocke statt, und die Messung auf den Holzgehalt nach Fällung der Bäume; welcher Stammholzverkauf für die Käufer sich um so vortheilhafter darstellt, als die Entfernung aus dem entlegendsten Forstreviere bis zum Weiseltrome zur Flöße nur 2 Meilen beträgt.

Wozu die Herren Kaufstüigen mit dem Bemerken vorgeladen werden, das die Verkaufs-Bedingnisse bis 27. October 1864 bei der Gutsverwaltung eingesehen werden können.

Tuszów, 10. October 1864.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

(1056. 1-3)

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von Krafsam nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. - nach Breslau, nach Odrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 3 Uhr Vormittags; - nach und bis Granica (über Nacht) 3 Uhr 30 Min. Nachm.; - nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 40 Min. Abends; - nach Wileczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krafsam 7 Uhr Früh, 8 Uhr 30 Min. unten Abends.

von Odrau nach Krafsam 11 Uhr Vormittags.

von Lemberg nach Krafsam 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

Krafsam von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; - von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends; - von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; - von Odrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; - von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 7 Uhr 54 Min. Nachm.; - von Wileczka 6 Uhr 20 Min. Abends; - in Lemberg von Krafsam 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Min. unten Abends.

Theater-Anzeige.

Freitag den 14. October 1864.

Liebeszauber

oder: Barbier und Wächterin. Operette in 1 Act. v. Gumpert. - Diesem geht vor: Die 73 Kr. des Herrn Stufelberger. Poffe in 1. Aufzuge von Homburg.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 8 columns: Barom.-Höhe, Temp.-an- auf na. 4, Relative Feuchtigkeith der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Aenderung d r Wärme im Laufe des Tages von bis, and Zeit. Includes data for Kraków and other locations on 13 and 14 October.

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarke in Krafsam, in zwei Gattungen classificirt.

Table of grain prices with columns for Product, 1. Gattung (von bis), and 2. Gattung (von bis). Lists various types of grain like winter-weizen, roggen, hafer, etc.

Wiener Börse-Bericht

vom 12. October.

Table of financial reports from the Vienna Stock Exchange, including public debt, state debt, and various obligations with corresponding prices.